

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 100.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 197.

Montag-Ausgabe

Montag, 29. Februar 1904.

Montag-Ausgabe
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Telephon Nr. 155. Leitung Dr. Braunschilde.
Eigentümer: Dr. Walter Gersdorff in Halle a. S.

Montag-Ausgabe
Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 8.
Telephon-Nr. VII. Nr. 11491.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 29. Februar.

Einigung des Mittelstandes.

Je mehr in unserem wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Leben die Entwicklung zur Übermacht des Großkapitals, zur Verdrängung der Arbeiterfrage und des Kleinhandels, zur Verdrängung der kleineren Kaufmannshandels und Beamtenstände, desto lebhafter ist der Ruf nach einer politischen Organisation dieser Kreise. Leider hat das Mandatieren es indes wieder und immer wieder verhindert, in dem deutschen Bürgerum den Geist der Uneinigkeit zu nähren, der ihn so oft schon verhängnisvoll genossen war. Man konnte sich kaum eine den Mittelstand in seinen Lebensinteressen berührende Frage denken, ohne diese von freimütigen Fremden in einer Weise behandelt zu sehen, die immer wieder auf eine dauernde Schwächung und Uneinigkeit der betreffenden Stände hinauszielt. Traten die Handwerkermeister zu einem Verein zusammen, um gemeinsam die Interessen des Handwerks zu fördern, so verhielt es irgend ein freimütiger Schöngott, die Führung dieses Handwerkersvereins in seine Fänge zu bringen und den Männern des praktischen Lebens in diesem Bereich Vorträge über die Verheerung und ähnliche schöne Dinge zu halten, nebenbei aber auf das eindringlichste vor „reaktionären“ Bestrebungen auf dem Gebiete der Handwerkerorganisation zu warnen und die Verhinderung abzugeben, daß der Geist der Zeit sich nicht rückwärts zu bewegen lasse u. f. w.

Traten die Angehörigen des selben Kaufmannshandels zusammen, um sich gegen Unrecht und Schwindel in ihrem Beruf den Ruf des selbständigen zu führen, so meideten sich sofort die Herren mit dem bekannten „weiteren Blick“, um die Verheerung abzugeben, daß die persönliche Tätigkeit eines nicht gebildeten Kaufmanns derartiger Organisationen nicht bedürftig, die im Grunde genommen nur den Wünschen eines juristisch gebildeten Krämertrums entsprächen. Obwohl dieses ganze Gebilde vor den Tatsachen längst nicht mehr bestehen konnte, ist es doch denjenigen Kreisen, die sich mit Vorliebe als die „Gebildeten“ zu bezeichnen lieben, so sehr in Fleisch und Blut gegangen, daß selbst der preussische Handelsminister Herr Müllers kürzlich im Abgeordnetenhaus das Kleinhandwerk und den Kleinrentnermann als die minder intelligenten Elemente in der Gesellschaft glatte bezeichnen zu dürfen. Aber wenn die Stunde gekommen ist, so kommt auch der Mensch und der Mensch ist denn jetzt erstens in dem ganzen Mittelstande Organisation und Demoralisation. So hat unter Führung des mächtigen Dörmersers seitlich ein Bund der Handwerker gebildet, der mit Entschiedenheit und Entschlossenheit die Eigenbrödel und Sonderwähler in deutschen Handwerker der Welt schaffen will. Die Wünsche aller Wohlmeinenden begleiten ihn in diesem Bestreben. Aber nicht das Handwerk allein soll vorgehen und geht vor, sondern auch die Gewerbetreibenden rühren sich jetzt lebhafter und drängen in dem Bunde der deutschen Gewerbetreibenden zu einem Zusammenfassen aller ihrer Berufsgruppen, durch den allein die Gemeinlichkeit ihrer Interessen gegen die Einfälle von Dörfer, Großkapital und Unvollständigkeit der Hand nicht werden kann. Es geht auch zu hoffen, daß die Gewerbetreibenden keinen Hehl von dem wahren Wesen des Mittelstandes in ähnlicher Weise sich beruflichlich organisieren werden. Auch der Detailhandlung fehlt unter der Hand der Zeit wie das Handwerk und die Landwirtschaft. Je mehr er sich organisiert, desto bestimmter, klarer und ungewandter wird er seine Interessen vertreten können. Bislang sind diese Interessen in unserem wirtschaftlichen Leben, wie zahlreiche Erfahrungen beweisen, am besten durch den Bund der Landwirte vertreten gewesen. So immer nun aber auch die Interessen der Landwirtschaft und der Werte schaffenden Stände in den Städten sich berühren, so werden sie sich doch nicht in allen Punkten, und es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß diese fähigen Kreise sich ihre Organisation in die Hand genommen haben. Es werden gerade wegen dieser wichtigen Tat neue und verdoppelt heftige Anfeindung zu erfahren haben; aber aus dem Kampfe, den sie nach unten und namentlich nach oben hin zu bestehen haben werden, wird doch zweifellos das Beste gewonnen werden, was dem deutschen Volke bisher so sehr gefehlt hat: eine Stärkung des selbständigen politischen Charakters.

Deutsch-Südwestsafrika. Das Londoner Blatt „Central-News“ berichtet aus Kapstadt vom 26. Februar: Der Kapitän des britischen Kriegsschiffes „Portridge“ in Westafrika erzählt, daß die deutschen Vespären in Swakopmund drei britische Untertanen, darunter zwei farbige, verhaftet und an Bord des „Hohent“ eingewickelt hatten, weil sie unter dem Verdachte standen, den rebellischen Hottentotten Vorstoß geleitet zu haben. Der „Portridge“ dampfte am 17. Februar nach Swakopmund ab. Was dort vorging, ist unbekannt; aber das britische Schiff kehrte am 18. Februar nach der Westküste mit den drei Verhafteten zurück.

Der neue Handelsvertrag mit Italien. In den Verhandlungen über den neuen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag

zwischen Deutschland und Italien ist ein vollständiges Einverständnis erzielt worden. Der neue Vertrag soll nach Uebereinkunft der beiden Regierungen in Deutschland und Italien veröffentlicht werden, sobald dies nach dem Stande der Verhandlungen mit anderen Staaten angängig erscheint.

Die Zeitung „Bastia“ in Rom führt in einer Besprechung des Abkommens eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Italien aus, dieses zeuge von neuem von den ausgedehnten Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, beweise den guten Willen beider Regierungen und trage dazu bei, die Bande der Freundschaft und des Bündnisses zwischen Italien und Deutschland immer enger zu gestalten.

*** Freundschaft des Dreiecks.** Der Vertreter der Latineu „Stampa“ in Rom hob einen Mitarbeiter der „Agenzia Stefani“ gegenüber die wachsende Freundschaft des Dreiecks hervor und erklärte, man werde bald allgemein zu der Uebereinkunft kommen, daß Graf Goluchowski und Tittoni dem Bündnis hätten, in guter Freundschaft zu leben. Wenn übrigens Graf Witlow, wie gewöhnlich, auf einige Tage im Frühjahr nach Rom kommen, werde Tittoni ihm einen Besuch abstatten; auch werde während der Mittelmeerfahrt des Kaisers Wilhelm im März eine Zusammenkunft desselben mit dem König Viktor Emanuel stattfinden.

*** Anleitung des Güterverkehrs.** Die „Nord. Allg. Ztg.“ teilt die Antwort des Eisenbahnministers Rudde, die dieser am Sonntagabend in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bezüglich der Ergebnisse der Konferenz zur Umleitung des Güterverkehrs abgegeben hat, im Wortlaut mit. Das Wichtigste daraus ist folgendes:

1. Von sämtlichen Vertretern wurden die in der Presse und parlamentarischen Verhandlungen gegen Preußen erhobenen Vorwürfe als unbegründet bezeichnet, und es wurde anerkannt, daß die Vereinbarungen auf dem Sozialie bedachtet hat, wie dies auch seitens der Regierungen Italiens vor zufälliger Entscheidung in den einzelnen Instanzen und dem Reichstage her vorgehen worden ist. Ferner haben sich die Kommissarien, selbstverständlich vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Regierungen, über folgende hinsichtlich vorgeschlagene Verträge verständigt, wobei nur bezüglich des Westfälischen Verkehrs noch Vorarbeiten zu erwarten sind, die nach einer besonderen Prüfung vorzulegen werden müssen.

2. Es wird anerkannt, daß grundsätzlich der wirtschaftlich beste Weg im Güterverkehr zu wählen ist, der nicht immer der kürzeste sein kann.

3. Man ist einig, daß Umwege von mehr als 20 Prozent im Vergleich mit dem kürzesten Wege als unzulässig sind, und dem Verhältnis der deutschen Bahnen zu einander nicht entsprechend eine Entschädigung alsbald zu leisten sind.

4. Die erforderlichen Vorarbeiten sind alsbald einzuleiten und darauf zu beschließen, daß im Laufe des Juni eine Wechselseitige Abklärung der Verhältnisse der einzelnen Verwaltungen vorzunehmen ist.

5. Die erforderlichen Vorarbeiten sind alsbald einzuleiten und darauf zu beschließen, daß im Laufe des Juni eine Wechselseitige Abklärung der Verhältnisse der einzelnen Verwaltungen vorzunehmen ist.

*** Sozialdemokratie und Geistlichkeit.** Zu diesem Thema bringt das „Volksblatt für Anhalt“ — das Organ des früheren Predigtamtsverbandes, jeglichen „Genossen“ — einige nicht uninteressante Ausführungen. Es heißt darin: „Die Kirche hat einen intuitiven Haß gegen die Sozialdemokratie. Den nehmen wir auch gar nicht übel, denn sie hat allen Grund, die Sozialdemokratie zu hassen.“ Dem sozialdemokratischen Parteiprogramm gemäß sollen die Einzelstellungen für die Kirche abgelehnt werden. „Die Einzelstellungen dieses Grundgesetzes bedeutet — so lautet das „Volksblatt“ — den Ruin der Kirche. Wenn die Kirche nicht mehr auf öffentliche Kosten gehalten und die Geistlichen nicht mehr aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, dann ist's mit dem Glanz und der Herrlichkeit der Kirche vorbei.“ Man sieht also hieraus wieder, in welchem Sinne die Sozialdemokratie ihren Programm von der „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ auslegt. Die Stellung der Sozialdemokratie feindseligem das „Volksblatt“ durch folgende Worte: „Die Demokratie kann es nicht dulden, daß von Staats wegen ein Lehrender auf die Kanzel gestellt werde, dem von unten nicht überhört werden darf. Die Demokratie kennt kein einzig unumstößliches Wort, das von Massen gegolten werden müßte. Über auch der Sozialismus muß von der Kirche als Todfeind empfunden werden. . . . Jede Kirche, die evangelische wie die katholische, haben Vermögen, das sie als Kapital zur Umbeutung der Arbeit verwenden. Mit Hilfe dieses Kapitalvermögens können diese Kirchen auch eine Hilfe stiftender oder förderlicher Arbeit die Ausgaben für Kirche und Geistlichkeit in hohen Maße bestreiten. . . . Der Sozialismus wird auch diese Quelle vertrocknen lassen, so daß dann nur die freiwilligen Beiträge der Gläubigen und das Ergebnis ihrer Arbeit für Kirche und Geistlichkeit übrig bleiben. Dann ist's natürlich mit der Herrlichkeit der Kirche ganz und gar vorbei.“

Diese freundschaftliche Gesinnung der Sozialdemokratie gegen Kirche und Geistlichkeit muß weit und breit bekannt werden. Insbesondere sollten auch die wenigen Geistlichen, welche, verführt durch Raumauslässe Spitzfindigkeiten, noch immer auf der Sozialdemokratie patieren zu können glauben, die oben zitierten Worte recht genau beachten. Der Haß gegen die christliche Kirche und gegen die Geistlichkeit kommt hier ganz unverfälscht zum Ausdruck.

*** Se. Maj. der Kaiser unternimmt Sonntag morgen einen Spaziergang, hatte dann eine Unterredung mit dem Reichskanzler, besichtigte in der Bildergalerie des Schlosses Hofbahn und hörte die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinebureau's.**
Se. Maj. der Kaiser begab sich Sonntagabend 11 Uhr 25 Min. vom Reiter Wohnhof aus nach Kiel, wo Se. Majestät Montag früh eintreffen, nach dem Schloß fahren und um 11 Uhr vormittags an einer Trauerfeier für den verewigten jungen Prinzen Heinrich in der Viktoriahalle teilnehmen werden.

Im Gefolge Se. Majestät befinden sich Generaladjutant v. Wollsen, Flügeladjutant Freytag-Kaplan v. Graun, Hauptmann Graf v. Randdörfel, Hauptmann Freytag v. Kyndel, Admiral Fehr. v. Soden-Wöhran, Stabsarzt Dr. Nieber.

Montagabend um 10 Uhr geht Se. Majestät die Reise von Kiel aus nach Oldenburg, Wilhelmshaven, Gelting, Bremerhaven und Norddehn fortzuziehen und am 5. März morgens in Berlin wieder einzutreffen. — Der Kaiser wird am nächsten Dienstag früh zu kurzen Besuche am Oldenburger Hofe eintreffen. Nach dem Frühstück erfolgt die Weiterfahrt nach Wilhelmshaven. Auf der Rückfahrt von Gelting über Bremerhaven nach Berlin wird der Kaiser die deutschen Seebatterien in Norddehn besuchen.

*** Kaiser Wilhelm und König Leopold von Belgien.** Die „Mittelwälder“ von einer befreundeten Beziehung des Kaisers mit König Leopold von Belgien anlässlich der Mittelmeerfahrt des Kaisers ist an sich nicht unwahrscheinlich, da Kaiser Wilhelm seine Fahrt beauftragt auf einem Luftschiff anzugetreten wird, der auch Antwerpen berührt. Ob dort eine Begegnung erfolgt, wird nach der „Ztg.“ davon abhängen, daß König Leopold dem Kaiser auf belgischem Gebiet begrüßt

*** Reichskanzler Graf Bülow hat sich — angeschlossen auf dem parlamentarischen Abende am Mittwoch — eine längere Erklärung gegeben, die ihn Freitag, fünf einige Tage das Zimmer zu hüten. Der für Freitag angelegte Besuch des Kaisers zur Entgegennahme des föhlichen Vortrages dürfte aus diesem Grunde unterbleiben. Am Sonnabend sprach der Kaiser aber wieder über kein Kammer vor.**

*** Reichsminister.** Der außerordentliche Staatssekretär Graf v. Helldorf hat sich am 27. Februar in Anlaß des fünfzehnten Jahresfestes des Reiches an die Kaiserin geschrieben, in dem er dem Reichskanzler und der Kaiserin die Präsidenten des Reiches, sowie seiner eigenen Person Ausdruck der herzlichsten Glückwünsche für die fünfzigjährige Regierung seines Kaiserthums in Washington eine besondere Begrüßung und Verleide gesandt.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 27. Februar, nachmittags 1 Uhr.
Anw. Dr. Kiepert.
Die Sitzung des Reichstages am 27. Februar mit folgenden Worten: Der jüngste Sohn des Kaisers Seine Majestät, der Prinz Heinrich von Preußen (die Mitglieder des Hauses erheben sich), geboren am 9. Januar 1903, ist gestern nach kurzer Krankheit gestorben. Sein Veranlassung dieser schmerzlichen Nachricht liegt sich vorans das Unvermögen des Reichstages, daß die einleitende Schritte, um der tiefen Teilnahme Ausdruck zu versehen sowohl bei Seiner Majestät dem Kaiser und Königin als bei Seiner Königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen. Ich stelle das Einverständnis fest.

Hierauf folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des „Aufsicht“ etc. Hierin sind eine Reihe von Resolutionen gestellt, die auf Beschließung des Hauses vor der allgemeinen Erklärung beruhen werden. Als erste liegt eine Resolution der Abg. Bergmann und Zörge (fr. W.) vor, die den Reichskanzler ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den wegen politischer Vergehen und Freiwerden in Untersuchungshaft oder in Strafhaft befindlichen Verurteilten gestattet wird, sich während der Dauer der Untersuchung und Strafhaft selbst zu helfen, indem sie die Selbstbestimmung zu halten, und daß solche Verurteilten nur mit strecken befristet werden dürfen, welche ihrem bürgerlichen Verufe und ihrer Bildungsgabe angemessen sind.

Abg. Bergmann (fr. W.): Die Forderung, die unsere Resolution wünscht, ist eine Seelensache, die seit Jahren ihr Haupt im Reichstage erhebt. Es geht nicht über nichts, immer wieder müssen wir erleben, wie politische Verbrechen und Verbrechen in unmittelbarer Folge beobachtet werden. Reiner geht ausschließlich auf den Fall des Reichstages Biermann ein, der wegen Verbrechen des abendbürglichen Justizministers zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurde, und meint, die Hausordnung der abendbürglichen Gefängnisse ist nicht anständig, daß bei der Beschäftigung auf die Stellung der Strafgefangenen Rücksicht genommen werden soll, daß die Selbstbestimmung oder nicht gehalten ist. Die Entscheidung über Selbstbestimmung und Selbstbestimmung soll nicht allem in das diskretionäre Ermessen der Gefängnis-Verwaltungen gestellt. Wenn man den Journalisten zehn Monate hindurch verurteilt, eine Zeitung zu lesen, so ist es noch nachdenklich nach seiner Freigabe nicht in der Lage, seinen Verufe nachzugehen, weil er sich erst wieder einarbeiten muß. Die Gefängnisverwaltung hat aber kein Recht, die Leute in ihrem Erwerb und ferneren Fortkommen materiell zu schädigen. Bei dem Verlangen der Gewährung einer Zeitung wünschen wir, daß dem Gefangenen die Wahl der Zeitung freigestellt wird. Reiner führt hier die Anträge, die bereits in früheren Sitzungen von den „Vier Tausend“ an im Reich-

